



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, dem 23.04.2018
im Konferenzbereich der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:56 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Petra Hartig
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ulrike Skodd
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Ralf Langner
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Frau Elke Kappen
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier

Personalrat

Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Gäste

Herr Georg Bathe, farwick + grote
Herr Heiner Farwick, farwick + grote
Herr Christian Tellmann, KaTplan GmbH Münster

Entschuldigt fehlten

Herr Klaus Kasperidus
Frau Susanne Middendorf

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 3 bis 7 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Kamen	027/2018
3	Erste Satzung zur Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen	009/2018
4	Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung von Brandverhütungsschauen und von Entgelten für freiwillige brandschutztechnische Leistungen in der Stadt Kamen	010/2018
5	Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über den Verdienstausschlag für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen	022/2018

6	Beitritt der Stadt Kamen in das Kommunalunternehmen „GWA Kommunal Anstalt des öffentlichen Rechts“ (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen	024/2018
7	Ausbau der Kinderbetreuung in der AWO Kindertageseinrichtung „Brausepulver“ in der Wasserkurler Straße 37, 59174 Kamen – Patronatserklärung	016/2018
8	Finanzbericht	
8.1	Entwurf Jahresabschluss 2017	023/2018
9	Umbau des Ratstraktes Bericht der Verwaltung	
10	Bürgerhaushalt hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE./GAL	
11	Kanalmaßnahmen an der Margaretenkirche hier: Antrag der CDU-Fraktion	
12	Bürgerbeschwerde zur Verkehrssituation in der HansasträÙe	
13	Bürgeranregung "Förderprogramm der EU-Kommission: WiFi4EU"	
14	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
027/2018

Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Kamen

Auf die Frage von Herrn **Eisenhardt** nach den finanziellen Auswirkungen der Satzungsänderung erläuterte Herr Bürgermeister **Hupe** zunächst die grundsätzliche Zusammensetzung der Gebühr. Das Rechnungsergebnis bei den Sondernutzungsgebühren habe für 2017 93.000 Euro betragen, durch die Änderung würde es voraussichtlich um 15.000 Euro geringer sein.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich mit Blick auf die Nachbarkommunen nach den Berechnungsgrundlagen der Gebühr.

Herr **Hupe** führte aus, dass bei der Neuberechnung der Sondernutzungsgebühren drei Ziele im Blickpunkt gestanden hätten. Neben der deutlichen Absenkung der Gebühr sei man bestrebt gewesen, eine Verwaltungsvereinfachung herzustellen. Zudem sei beabsichtigt, die Bedingungen für ein freundliches Stadtklima mit guter Aufenthaltsqualität für die Bürger weiter zu verbessern.

Ohne Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 3.
009/2018

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
010/2018

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung von Brandverhütungsschauen und von Entgelten für freiwillige brandschutztechnische Leistungen in der Stadt Kamen

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
022/2018

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über den Verdienstausfall für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.
024/2018

Beitritt der Stadt Kamen in das Kommunalunternehmen „GWA Kommunal Anstalt des öffentlichen Rechts“ (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 7.
016/2018

Ausbau der Kinderbetreuung in der AWO Kindertageseinrichtung „Brausepulver“ in der Wasserkurler Straße 37, 59174 Kamen – Patronatserklärung

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 8.

Finanzbericht

Herr **Hupe** berichtete anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage) zum Jahresabschluss 2017. Nach einem Überblick zur Ergebnisrechnung, die zeige, dass Kamen sich auf einem guten Weg befinde den Haushaltsausgleich im Jahr 2022 zu schaffen, erläuterte er die wesentlichen Abweichungen zum Produktplan auf der Ertrags- und Aufwandsseite. Im Anschluss stellte er die Entwicklung der Kassenkredite und Investitionskredite dar. Trotz neu aufgenommenen Investitionskredite sei aufgrund geleisteter Tilgungen das Gesamtvolumen im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Für den Kredit im Rahmen des Landesförderprogramms „Gute Schule 2020“ erläuterte er die buchhalterische Besonderheit. Der Bürgermeister zeigte sich beim Blick auf die Entwicklung des Eigenkapitals zuversichtlich, dass die Stadt sich nach heutiger Rechnung hier im Jahr 2020 noch deutlich im Plus befinden werde.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer sei positiv, soweit eine verlässliche Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt möglich sei. Abschließend berichtete er von den erwarteten Auswirkungen des Tarifabschlusses auf den städtischen Haushalt. Der Abschluss sei nach seiner persönlichen Überzeugung ein faires Ergebnis für die Arbeitnehmer.

Für die SPD-Fraktion lobte Herr **Heidler** das gute Verwaltungsmanagement sowie die Rahmenbedingungen, die Kamen auf einen guten Weg zum Haushaltsausgleich im Jahr 2020 bringen würden. Das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ bewertete er trotz der Besonderheit in der buchhalterischen Handhabung positiv für die Kommunen.

Zu TOP 8.1.
023/2018

Entwurf Jahresabschluss 2017

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 9.

Umbau des Ratstraktes
Bericht der Verwaltung

Herr **Dr. Liedtke** begrüßte die Herren Farwick und Bathe vom Architekturbüro farwick+grote sowie Herrn Tellmann vom TGA-Ingeneurbüro KatPlan und berichtete einleitend zur Umbaumaßnahme des Ratstraktes, mit dem Hinweis auf eine anschließende Besichtigung der Baustelle. Nach jetzigem Stand könnte sowohl der Kosten- als auch der Zeitrahmen eingehalten werden, so dass die erste Ratssitzung im neuen Bürgerratssaal bereits im Juli stattfinden könne.

Herr **Farwick** referierte anhand einer Präsentation (siehe Anlage) zum Umbau des Ratstraktes. Nach Darstellung und Erläuterung der einzelnen Maßnahmen mit den spezifischen Besonderheiten und Problemstellungen, zeigte er anhand von Baustellenfotos den Baufortschritt. Beim Blick auf die Kosten stellte er heraus, dass die Position „technischen Anlagen“ einen hohen Anteil der Gesamtkosten ausmachen würde. Der Vergleich zeige, dass trotz anziehender Preise in der Baubranche die erwarteten tatsächlichen Kosten die ursprüngliche Kostenberechnung voraussichtlich nicht übersteigen werde. Zum Abschluss der Präsentation gab Herr Farwick einen Überblick über die Zeitschiene der Gesamtmaßnahme von der Projektplanung über die Ausführungsvorbereitung bis zur Projektausführung hin. Dabei begründete er, dass der lange Ausführungszeitraum der Koordination der verschiedenen Gewerke des Projektes geschuldet sei.

Auf die Frage von Herrn **Diederichs-Späh** nach den Kostengruppen 600 und 700 in der Kostenübersicht erklärte Herr **Farwick**, dass diese nicht in ihrem Verantwortungsbereich lägen und daher nicht aufgeführt sein.

Herr **Stalz** erkundigte sich, warum der Kostenanteil für die technischen Anlagen 10 % höher sei, als geplant.

Herr **Tellmann** führte aus, dass es dafür unterschiedliche Gründe gebe. Hauptsächlich liege es jedoch daran, dass bei den technischen Anlagen meist nur 1 Angebot eingegangen sei. Zurzeit sei es im Bereich der technischen Anlagen generell schwierig überhaupt Angebote zu erhalten. Zudem gebe es auch immer nicht kalkulierbare Überraschungen, wenn bei Arbeiten am Bestand Decken und Wände geöffnet würden, die dann zu Mehrkosten führten.

Zu TOP 10.

Bürgerhaushalt

hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE./GAL

Bürgermeister **Hupe** erläuterte einleitend die Historie zum Bürgerhaushalt sowie das formelle Verfahren zur Aufnahme des Antrages in die heutige Tagesordnung.

Für die SPD Fraktion nahm Herr **Heidler** Stellung zum gemeinsamem Antrag, der als Beispiel überparteilicher Zusammenarbeit gelten sollte. Nach Verweis auf das Entstehen des Bürgerhaushaltes, begründete er die Begrenzung des Bürgerhaushaltes auf bestimmte Bereiche mit der Komplexität des Haushaltes. Herr Heidler hob den Bürgerhaushalt als eine positive zusätzliche Möglichkeit der Bürgerbeteiligung hervor. Allerdings benötige jede Neuerung Zeit sich zu entwickeln. Diese Entwicklung solle mit der beantragten stärkeren Bewerbung des Instrumentes Bürgerhaushalt durch Verwaltung und Fraktionen gefördert werden. Er machte deutlich, dass für den Erfolg die Unterstützung aller Fraktionen wichtig sei.

Herr **Eisenhardt** richtete den Blick auf die zwei Dimensionen des Antrages. Inhaltlich werde dem Antrag zugestimmt. Kritisch äußerte er sich ausführlich zum Zustandekommen des Antrages und die damit verbundenen grundsätzliche Frage politischer Zusammenarbeit. Er erläuterte die Historie des Zustandekommens des Antrages sowie ausführlich die Gründe, die zum Rückzug seiner Fraktion aus dem Antrag geführt hätten. Herr Eisenhardt hob insbesondere den Vertrauensbruch hervor. Dieser sei durch die nicht abgesprochene Erweiterung der antragstellenden Fraktionen und die damit verbundene Änderung der Bedingungen durch die SPD-Fraktion eigenmächtig herbeigeführt worden. Bei der Unterschrift habe er den zusätzlichen Antragspartner nicht wahrgenommen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Antrag zwar inhaltlich zu, so Frau **Dörlemann**, sie zeigte sich jedoch enttäuscht von der SPD-Fraktion. Sie kritisierte die Art und Weise der Zusammenarbeit, da ohne Absprache mit allen Beteiligten Änderungen vorgenommen worden seien. Die Erweiterung um die Fraktion Die Linke/GAL sei aufgrund der Gegebenheiten bei Leistung der Unterschrift nicht erkannt worden.

Herr **Stalz** bewertete für seine Fraktion den Antrag als inhaltlich zielführend und sagte die Zustimmung zu.

Zu seiner Anregung den Bürgerhaushalt umzubenennen, damit der Bürger ein plastisches Verständnis bekäme, worum es sich beim Bürgerhaushalt überhaupt handele, verwies Herr **Hupe** auf das Zustandekommen des Bürgerhaushaltes und die feststehende Begrifflichkeit. Es sei jedoch denkbar, dem Bürger zum besseren Verständnis noch zusätzliche Informationen zum Instrument Bürgerhaushalt an die Hand zu geben.

Herr **Grosch** kritisierte die mangelnde Bewerbung des Bürgerhaushaltes durch Verwaltung und Fraktionen und unterstützte daher den Antrag. Zur Diskussion um das Zustandekommen des Antrages erinnerte er an vergangene überfraktionelle Zusammenarbeit der CDU-Fraktion mit seiner Fraktion am Beispiel eines Antrages zum Klimaschutz. Dabei hob er die demokratischen Grundsätze hervor.

In der anschließenden Diskussion äußerten für die SPD-Fraktion Frau **Klanke** und Frau **Hartig** sowie die Herren **Heidler**, **Wiedemann** und **Lipinski** ihr Unverständnis zu den Vorwürfen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, insbesondere da der Antrag inhaltlich nicht verändert worden sei. Bei der Einbeziehung der Fraktion Die Linke/ GAL sei beabsichtigt worden, ein großes Bündnis aller Fraktionen für die Sache herzustellen. Mit solchen Auswirkungen sei nicht gerechnet worden. Entscheidend sei die Einigkeit im unverändert gebliebenen Inhalt.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen benannte Frau **Dörlemann** den Vertrauensbruch durch die SPD-Fraktion als ausschließlichen Grund für den Rückzug aus dem gemeinsamen Antrag.

Herr **Eisenhardt** machte für die CDU-Fraktion deutlich, dass unabhängig von der nicht bestrittenen politischen Legitimationen der Fraktion Die Linke/GAL die politischen Meinungen so weit auseinander gingen, dass eine gemeinsame Antragstellung ausgeschlossen sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dass die Stadtverwaltung Kamen weiterhin die vorhandene Onlineplattform zum Haushalt zur Verfügung stellt, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, Vorschläge für städtische Investitionen im anstehenden Haushaltsjahr zu tätigen. Um eine höhere Beteiligung am so genannten Bürgerhaushalt zu erreichen, bewirbt die Stadtverwaltung die Beteiligungsmöglichkeiten über eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören auch Veröffentlichungen für die Online-medien und Netzwerke.

Zudem steht die Stadtverwaltung den Ratsfraktionen mit ihrem Fachwissen zur Verfügung, wenn diese Veranstaltungen oder Publikationen zum Bürgerhaushalt planen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Kanalmaßnahmen an der Margaretenkirche
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Diederichs-Späh** begründete den Antrag für die CDU-Fraktion mit der Presseberichterstattung, nach der das geplante Ende der Bauarbeiten erneut verschoben werden müsse und gegebenenfalls sogar das ursprünglich einmal diskutierte Bauverfahren zur Anwendung komme. Zudem kündigte er diesbezüglich Fragen zu vertraglichen Gegenständen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung an.

Herr **Dr. Liedtke** führte für die Verwaltung aus, dass Neuigkeiten zum Verfahrensstand erst im nächsten Betriebsausschuss berichtet werden könnten. Statiker würden seit 4 Wochen die Gegebenheiten prüfen, das Ergebnis der prüffähigen Statik solle in der 2. Maiwoche vorliegen. Es werde erwartet, dass es bei dem geplanten und ausgeschriebenen Verfahren im Dielenpressverbau bleibe.

Kalkulatorische Gründe des ausführenden Bauunternehmens könnten für den Vorschlag, wieder das ursprünglich diskutierte Pressbox-Verfahren zu wählen, ursächlich gewesen sein. Das Bauverfahren werde wahrscheinlich nach 3 bis 4 Monaten im Herbst abgeschlossen werden.

Herr **Diedrichs-Späh** erkundigte sich bezogen auf die Erneuerung der Hausanschlüsse und die räumlich enge Situation nördlich der Kirche, ob über eine Trassierung südlich der Kirche nachgedacht worden sei.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass er dies jetzt im Detail nicht beantworten könne. Grundsätzlich könne die Trassierung bei laufenden Baumaßnahmen nicht so einfach geändert werden.

Auf die Frage von Frau **Dörlemann** zur Beeinträchtigung des Grundwasserflusses führte Herr **Dr. Liedtke** aus, dass die Verfahrensfrage aus diesem Grund von großer Bedeutung sei. Änderungen der Grundwasserverhältnisse müssten vermieden werden. Dabei bekräftigte er mit Blick auf den zeitlichen Ablauf, dass Gründlichkeit immer vor Schnelligkeit gehe. Zudem wies er auf die enge Einbeziehung des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege hin.

Zu TOP 12.

Bürgerbeschwerde zur Verkehrssituation in der HansasträÙe

Herr Bürgermeister **Hupe** wies darauf hin, dass der Antrag aufgrund der Zuständigkeit der Stadt für bauliche Maßnahmen hier zur Beratung gestellt worden sei.

Herr **Eisenhardt** erkundigte sich, welche Kompetenzen die Stadt im vorliegenden Fall habe, da der fließende Verkehr betroffen sei.

Herr **Hupe** erläuterte die Gründe für die Wertung des Schreibens als Bürgerbeschwerde gemäß § 24 der Gemeindeordnung. Es werde vorgeschlagen, die Bürgerbeschwerde an den sachlich zuständigen Planungs- und Straßenverkehrsausschuss zu verweisen.

Zur Frage von Frau **Dörlemann** nach der Einschätzung der Polizei zur Gefährdungssituation, berichtet Frau **Peppmeier** zu punktuellen Untersuchungen durch die Polizei, die ergebnislos verlaufen seien. Eine Unfallhäufung sei in diesem Bereich nicht aktenkundig.

Beschluss:

Die Bürgerbeschwerde der Eheleute Bay zur Verkehrssituation in der HansasträÙe wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Planungs- und Straßenverkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

Bürgeranregung "Förderprogramm der EU-Kommission: WiFi4EU"

Herr Bürgermeister **Hupe** gab einleitend erläuternde Hinweise zur Wertung des Antrages der Jungen Union Kamen als Bürgeranregung und Beratung und Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss.

Frau **Peppmeier** erinnerte an die Berichterstattung im zuständigen Wirtschaftsausschuss im Frühjahr 2017 sowie die Thematisierung in der Jugendratssitzung im letzten Jahr. Neben den beantragten Haushaltsmitteln habe die Stadt sich bereits um Fördermittel aus dem Programm „WiFi4EU“ beworben. Gefördert würde ausschließlich die Installation der Hotspots. Bei einem EU-weitem Gesamtvolumen von 120 Mio. Euro stünden für Deutschland 5 Fördergutscheine i.H.v. jeweils 15.000 Euro zur Verfügung. Im Rahmen des hiesigen Projektes sei man in Gesprächen mit den ansässigen Unternehmern. Geplant seien 15 – 20 Access Points, die an Gebäuden installiert würden, wofür die Zustimmungen der Eigentümer benötigt würden. Für die Installation werde ein Stromanschluss benötigt, deshalb sei die Installation auch an Straßenlaternen möglich. Die Umsetzung werde für Herbst 2018 anvisiert. Die Kostenschätzung für das Projekt liege bei ca. 20.000 bis 25.000 Euro. Sie verwies auf die Berichterstattung im Wirtschaftsausschuss am 15.03.2018. Über die Entwicklung werde die Verwaltung wie bisher fortlaufend informieren.

Herr **Heidler** begrüßte die Beschäftigung von politischen Jugendorganisationen mit städtischen Themen, kritisierte jedoch, dass die Junge Union nicht zunächst den Weg über die Ratsfraktion gewählt habe. So wäre die Anregung obsolet gewesen, da die Verwaltung den beantragten Weg bereits beschreiten würde. Die SPD-Fraktion werde die Anregung daher ablehnen.

Herr **Eisenhardt** lobte ebenfalls, dass sich Jugendorganisationen Gedanken über die Entwicklung der Stadt machen würden. Inhaltlich befürworte er die Attraktivierung des Sesekeparkes mit Hotspots, der Antrag verdeutliche das Bedürfnis von WiFi in der Innenstadt. Er sah den Weg über die Ratsfraktion nicht als zwingend an. Mit Blick auf die Einbindung Jugendlicher in politische Prozesse plädierte er für einen großzügigen Umgang mit der Initiative. Die CDU-Fraktion werde der Anregung daher zustimmen.

Beschluss:

Der Bürgeranregung der Jungen Union Kamen zur Bewerbung um Fördermitteln aus Programm „WiFi4EU“ der Europäischen Kommission wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 14.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

1. Dienstreisen

Herr **Hupe** berichtete das nachfolgende Rats- und Ausschussmitglieder an der Dienstreise nach Ängeholm zum 40. Partnerschaftsjubiläum teilgenommen haben:

Herr Wiedemann, Frau Middendorf, Herr Holtmann, Frau Hartmann, Herr Henning, Herr Theimann und Herr Drescher.

2. Ausbildungssituation

Her Hupe gab einen Überblick über die Ausbildungssituation.

Im Jahr 2018 würden folgende Ausbildungsstellen besetzt:

1 Vorbehaltsstelle mittlerer Dienst, 1 Stelle gehobener Dienst - Bachelor of Arts - , 3 Stellen gehobener Dienst - Bachelor of Law - , 1 Verwaltungsfachangestellte, 1 Fachinformatiker Systemintegration, 1 Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Bibliothek, 3 Brandmeisteranwärter/in. Die Ausschreibung für 1 Stelle als Straßenwärter/in laufe noch. Falls keine Besetzung der Stelle in diesem Jahr erfolge, dann spätestens im Jahr 2019.

Für das Jahr 2019 seien folgende Einstellungen geplant:

3 Verwaltungsfachangestellte, 2 Stellen gehobener Dienst - Bachelor of Law - , 3 Stellen Laufbahngruppe 2 im feuerwehrtechnischen Dienst.

Anfragen

1. Grundsteuer

Herr **Stalz** erkundigte sich nach dem Verfahren und den kommunalen Auswirkungen des aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Abänderung der Bemessungsgrundlage für die Berechnung Grundsteuer.

Herr **Hupe** informierte, dass bis zur Umsetzung des Urteils durch gesetzliche Regelung eine Übergangsfrist bis zu 6 Jahren vorgesehen sei, die sehr wahrscheinlich auch genutzt werde. Welche Bedeutung dies für die Bewertung von Grundstücken habe, sei daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Er umriss die verschiedenen Berechnungsmodelle die diskutiert würden. Es sei angedacht, die Umstellung aufkommensneutral zu gestalten. Herr Hupe machte deutlich, dass die Kommune in der Thematik das letzte Glied in der Kette sei. Nach Änderung der gesetzlichen Regelung würden zunächst die Finanzämter die Bemessungswerte festlegen. Vermutlich werde die Änderung im Ergebnis nicht unumstritten sein.

2. Ausbildung

Herr **Eisenhardt** fragte, ob die Brandmeisteranwärter nur im feuerwehrtechnischen Dienst oder auch zum Sanitäter ausgebildet würden.

Im Vordergrund stünde die Brandschutztechnische Ausbildung, so Herr **Hupe**, aber eine Erweiterung auf den Rettungsdienst sei möglich und denkbar.

3. KAG-Beiträge

Bezogen auf die Presse fragte Herr **Eisenhardt** nach den KAG-Beiträgen für die Anlieger der Derner Straße und der Germaniastraße.

Herr **Hupe** zeigte auf, dass die Frage sei, wann die Verwaltung belastbar Auskunft erteilen könne. Dazu erläuterte er, dass nach Abschluss der Baumaßnahme und Eingang der Rechnung diese zunächst geprüft werde, bei Unstimmigkeiten würde dann ggf. ein Rechtsstreit geführt. Erst am Ende des Prozesses könne die Berechnung der Abgabe für den einzelnen Anlieger erfolgen. Diese Abrechnung sei zudem sehr komplex und müsse mit großer Sorgfalt rechtssicher bearbeitet werden. Dies nehme eine gewisse Zeit in Anspruch.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Kosanetzki
Schriftführer